

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN / CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS +

Herausgegeben von Bundesminister Dr. Robert TILLMANNS · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN · Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

3. Jahrgang - Nummer 2

Bonn - im Februar 1955

I N H A L T

EIN SCHLECHTER DIENST	S. 1
DIE EVANGELISCHE KIRCHE AM SCHEIDEWEGE	S. 5
. . . DIE NICHTS GELERNT HABEN!	S. 6
GEDANKEN ZUR SOZIALREFORM	S. 10
DEUTSCHLAND IN DER ENTSCHEIDUNG	S. 13
"UM DEM VATERLAND ZU DIENEN"	S. 14

EIN SCHLECHTER DIENST

von Pfarrer Wilhelm Gontrum, MdB

Noch immer ist die Verlautbarung evangelischer Christen und Theologen, die sich am 8. Dezember 1954 in Düsseldorf zur Wiederbewaffnung zu Wort gemeldet haben, Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Eine echte und erfolgreiche Auseinandersetzung kann aber nur vom Grundsätzlichen her gewonnen werden.

Der Wortlaut der Erklärung beginnt: "Als Christen, die in verantwortlicher Stellung innerhalb der evangelischen Kirche stehen, sehen wir mit tiefer Sorge, daß der Bundestag im Begriff ist, mit der westdeutschen Wiederbewaffnung und der damit verbundenen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eine Maßnahme zu vollziehen, für deren Beschluß der Staat der Zustimmung und für deren Durchführung er der aktiven Mitwirkung seiner Bürger in besonderem Maße bedarf. Wir sehen aber nicht, daß die politischen, rechtlichen und sittlichen Voraussetzungen zu einem solchen Schritt angesichts der gegenwärtigen Lage so weit geklärt sind, daß der Staat v o n G o t t h e r (Sperrung von uns - Die Red.) das Recht in Anspruch nehmen dürfte, solche Gesetze zu beschließen."

Wahrhaft erstaunliche Feststellungen! Woran und in welcher Weise erkennen die Verfasser dieser Verlautbarung, daß "die politischen, rechtlichen und sittlichen Voraussetzungen zu einem solchen Schritt angesichts der gegenwärtigen Lage so weit" nicht geklärt sind, daß "der Staat von Gott her das Recht" nicht in Anspruch nehmen darf, solche Gesetze zu beschließen?

Konsequent zu Ende gedacht, wird hier ein Angriff auf die Verfassung, auf die gesetzlich verankerte Demokratie unternommen. Diese Tatsache muß zunächst einmal in ihrer Bedeutung für die Wirklichkeit und den Bestand der Demokratie erkannt werden. Mit dieser Erklärung wenden sich "Christen in verantwortlicher Stellung innerhalb der evangelischen Kirche" gegen Staat und Regierung, also die Obrigkeit, indem sie deren Handeln schlechthin unter eine Bevormundung durch Kirche und Theologie "von Gott her" stellen. Die Theologie dieser Verlautbarung vertritt damit ein Gottesgnadentum, welches das Gottesgnadentum der Vergangenheit im evangelischen Raum weit übertrifft. Die Unterzeichner sprechen Staat, Parlament und Regierung, d.h. den verfassungsmäßigen demokratischen Instanzen, die politische Zuständigkeit "von Gott her" ab, erklären sie für nicht entscheidungsbefugt. Müssen hier nicht alle echten demokratischen Kräfte und verantwortlichen Instanzen, alle demokratischen Parteien hellhörig werden, bevor es zu spät ist? Eine Gruppe in der evangelischen Kirche erklärt sich für befugt, darüber zu befinden, ob eine politische Entscheidung die richtigen "politischen, rechtlichen und sittlichen Voraussetzungen" besitzt, um überhaupt getroffen werden zu können - und zwar "von Gott her". Man erhebt sich damit eigenmächtig über den Staat, über die demokratische Ordnung. Verlangt man etwa, daß der Staat erst bei nicht-verfassungsmäßigen Instanzen, z.B. bei Christen und Theologen dieser kirchlichen Gruppe, anfragt, ob er "von Gott her" seine Entscheidungen fällen kann und darf?

Haben die Verfasser der Düsseldorfer Verlautbarung überhaupt die Tragweite ihrer Stellungnahme erkannt und überlegt, wohin das führt? Wie wollen sie das mit der evangelischen Lehre, dem evangelischen Bekenntnis von Staat und Kirche in Einklang bringen?

Sie sagen: "Die vielfachen Äußerungen der Unruhe in der Bevölkerung zeigen, in welche Gewissensnot erhebliche Teile unseres Volkes durch die beabsichtigten gesetzgeberischen Maßnahmen geraten sind. Die Freiheit des guten Gewissens zu einem solchen Schritt ist, wie mannigfache Verlautbarungen zeigen, gerade bei vielen der besten und ernstesten Glieder unseres Volkes ohne die erwähnte Klärung nicht vorhanden."

Wer oder was soll "die erwähnte Klärung" bringen, die da verlangt wird, wenn sie auf beiden Seiten, bei Regierung und Opposition, überhaupt nicht zu erreichen ist? Jede Entscheidung, so oder so, ist doch in der Tat eine Entscheidung

ohne vorherige "Klärung". Ist denn etwa bei der Opposition Klarheit vorhanden? Birgt ihre Entscheidung keinen Unsicherheitsfaktor? Wer oder was garantiert, daß der Weg der Opposition den Frieden wirklich erhalten und zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit führen würde? Es ist doch einfach eine Illusion, eine Selbsttäuschung, wenn nicht eine unverantwortliche Verkenning der "politischen, rechtlichen und sittlichen Voraussetzungen" und Gegebenheiten, wenn man sich dies als Opposition nicht selbst eingesteht. Wenn eindeutige Klarheit vorhanden wäre, wahrlich, dann gäbe es bestimmt keine zweierlei Meinungen um des Gewissens willen, keine Gewissensnot. Weil aber diese Klarheit eben nicht da ist, eine Klärung nicht vor der Entscheidung herbeizuführen ist, kann überhaupt von einer echten Gewissensnot auf beiden Seiten geredet werden.

Und weiter wird erklärt: "Unmöglich erschiene es uns für ein freies Gemeinwesen, das auf seine sittliche Grundlage nicht verzichten will, wenn seine Staatsführung im Vertrauen auf ihre Machtmittel und in der Hoffnung auf die Folgsamkeit ihrer Bürger sich über solche Gewissenskonflikte hinwegsetzen würde. Deshalb

=====

WICHTIGER HINWEIS

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß Geschäftsstelle und Redaktion des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ihre Räume verlegen. Die neue Anschrift lautet ab 24. Februar: Bonn, Herwarthstrasse 9, Ruf 5 20 92.

=====

bitten wir alle Verantwortlichen, keine Entscheidung zu treffen, die so lange zwangsläufig eine tiefe Erschütterung unseres Staatswesens und die Gefährdung unserer gesamtdeutschen Existenz zur Folge haben muß, wie die erwähnten Klärungen nicht erfolgt sind."

Ist bei den Verfassern etwa keine Gewissensnot in der Richtung vorhanden, daß eine Entscheidung im Sinne der Opposition die Wiedervereinigung Deutschlands vielleicht doch nicht erbringen würde, und damit auch nicht auf die Dauer die Erhaltung des Friedens? Würde eine Nichtratifizierung der Pariser Verträge Sicherheit und Gewißheit geben? Würde sie die Gewissensnot, die Unsicherheit nehmen? Die verlangte Klärung ist auch vor der Entscheidung der Opposition nicht zu erreichen. Begreifen die Unterzeichner von Düsseldorf dies nicht oder wollen sie es nicht begreifen? So einfach, wie sie sich die Dinge machen, sind sie nun einmal bei einiger Einsicht leider nicht. Die "Gewissensnot" ist und bleibt auf beiden Seiten, und man soll wahrhaftig nicht so tun, als ob sie nur auf einer Seite vorhanden wäre. Hier liegen der Ernst und die Not unserer unumgänglich gewordenen Entscheidung in dieser Stunde.

Wir können uns als Deutsche der Entscheidung auch dadurch nicht entziehen, daß

wir sie jetzt und hier überhaupt nicht fällen. Das erlaubt uns die Geschichte nicht, weder vom Osten noch vom Westen her. Wir dürfen uns in einer Frage, in der es um unser aller Schicksal als Deutsche geht, nicht selbst isolieren und neutralisieren; denn ein solcher Weg könnte unübersehbarere, katastrophalere Folgen haben, ja, würde sie mit großer Gewißheit nach sich ziehen, als sich irgend jemand von uns heute auszumalen vermag. Die Gewissensnot wird dadurch nur noch größer.

Die "sittliche Grundlage eines freien Gemeinwesens" besteht einzig und allein in seiner Entscheidungswilligkeit, niemals in seiner Flucht vor der Entscheidung, denn sie wäre ein Verzicht auf die sittliche Entscheidung überhaupt. Eine Flucht vor der Entscheidung würde die Aufgabe der "sittlichen Grundlage" bedeuten, denn sie wäre eine unsittliche Selbstentmündigung des freien Gemeinwesens und zwar hier in einer Sache, in der es um das eigene Sein oder Nichtsein geht. Die Aufforderung an alle Verantwortlichen: "Deshalb bitten wir, keine Entscheidung zu treffen", solange "die erwähnten Klärungen nicht erfolgt sind", stellt also nicht eine Anerkennung der "sittlichen Grundlage", sondern das genaue Gegenteil, nämlich den Verzicht darauf dar.

Unter diesem Gesichtspunkt wirkt es geradezu grotesk und paradox, wenn es schließlich heißt: "Es gehört zum Dienst der Kirche, ihre Glieder in ihrer staatspolitischen Verantwortung zu beraten. Es ist aber nicht abzusehen, wie sie dieser Pflicht in beiden Teilen Deutschlands nachkommen soll, wenn durch gesetzgeberische Maßnahmen unentwirrbare Konflikte geschaffen werden."

Schaffen die Menschen, die sich hier anmaßen, als Kirche zu reden, nicht durch ihre Erklärung und Aufforderung zur Entschluß- und Entscheidungslosigkeit unter allen Umständen "unentwirrbare Konflikte", indem sie anderen, außerdeutschen Mächten und Instanzen die Entscheidung allein zuschieben? Kann die Kirche "von Gott her" wollen und fordern, daß die Deutschen durch Verzicht auf eine Entscheidung in den Fragen, die ihr eigenes Land betreffen, die Entscheidung anderen überlassen, und zwar voll und ganz? Ist das eine "sittliche Grundlage", eine politisch, rechtlich und sittlich zumutbare Entscheidung?

Wahrlich, die Verfasser haben mit dieser Verlautbarung der Kirche und dem Volke einen schlechten Dienst erwiesen.

DIE EVANGELISCHE KIRCHE AM SCHEIDEWEGE

Unter dieser Überschrift setzt sich Oberkirchenrat Professor D. Volkmar H e r n t r i c h , Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der ev.-luth. Kirchenleitung Hamburgs im "Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen" u.a. mit der Möglichkeit und Grenze christlicher Gewissensentscheidung in politischen Fragen auseinander. Hierbei gewinnt er für die evangelische Besinnung und Wegweisung folgende Kernsätze:

1. Wir werden gut daran tun, uns darüber Rechenschaft zu geben, daß in den politischen Fragen an sehr wichtigen Punkten eine Gemeinsamkeit des Urteils in der evangelischen Christenheit besteht:

Es besteht Einmütigkeit darüber, daß es Aufgabe der Kirche ist, nicht allein den Frieden zu verkünden, sondern Frieden zu stiften und für den Frieden zu arbeiten, wo immer es möglich ist. Zur Arbeit für den Frieden gehört die Wacht gegenüber den Propheten, die Frieden rufen, wo doch kein Friede ist.

Es besteht Einmütigkeit darüber, daß wir von ganzem Herzen die Wiedervereinigung wollen und alles zu stützen bereit sind, was uns der Wiedervereinigung näherführt.

Es besteht Einmütigkeit darüber, daß wir die Politisierung der Kirche nicht wollen, sowenig wir die Klerikalisierung der Politik wünschen können.

2. Wir würden gut daran tun, wenn wir möglichst genau zu bestimmen versuchten, worin sich der gegenwärtige Dissensus von dem Gegensatz im Jahre 1933/34 unterscheidet. Kann das, was damals den Pfarrernotbund auf den Plan gerufen hat, wirklich mit dem gegenwärtigen Notstand verglichen werden?

3. Im Zusammenhang damit steht die Frage, ob wir ein Recht haben, das Wort von der "Koexistenz" aufzunehmen. Man kann bei manchen Verlautbarungen aus evangelischen Kreisen nicht gut den Tatbestand übersehen, daß mit einer geflissentlichen Sorgfalt die Parallelität der Situation, der Aufgabe und der Verantwortung in Ost und West behauptet oder vorausgesetzt wird. Besteht diese Parallelität? Gilt der Satz der Leipziger Erklärung vom 28./29. November v.J.: "Die Botschaft von Evanston weist mit allem Nachdruck auf die Möglichkeit der Koexistenz verschiedener gesellschaftlicher Systeme hin" - für die Situation im Herzen Europas? Wir sollten deutlicher sagen, daß das Wort "Wiedervereinigung" für die Christen einen besonderen Klang hat. Wir glauben auch, daß es Koexistenz zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Systemen gibt. Aber das scheint uns gar nicht die Frage zu sein. Denn die Frage wird in dem Augenblick ganz anders, in dem die Gesellschaftsform Ausdruck eines religiösen Anspruches wird. Gibt es Koexistenz zwischen dem Absolutheitsanspruch der säkularen Religion und dem Absolutheitsanspruch des Christentums?

4. Wir sollten uns - mehr als bisher - bemühen, die Stellung des Gegners genauer wiederzugeben. Es ist ein böses Erbe aus der Zeit des totalitären Systems, daß die Menschen nur in der Schwarz-Weiß-Technik zu malen und nur in der Freund-Feind-Theorie zu denken vermögen. Entspricht z.B. der in der Auseinandersetzung mit Präses Wilm umstrittene Satz wirklich der Situation in Westdeutschland:

"Die Jugend darf verlangen, daß die in Schuld der Vergangenheit verstrickte ältere Generation sich schützend vor sie stellt. Das Unterfangen, sie unter Vor Spiegelung unwirklich gewordener Ideale und unerreichbarer Kriegsziele militärreif zu machen, muß als verabscheuungswürdige, zynische Verführung bezeichnet werden."

Man kann fragen, ob wir als Christen überhaupt in einem solchen Vokabular reden sollten. Müßte nicht aber jedenfalls das ernsthafte Bemühen ernst zu nehmender Männer, die - etwa im Amt Blank - keine unwirklichen Ideale vorspiegeln oder

Kriegsziele proklamieren, sondern im Blick auf den Stand des Soldaten wirklich einen neuen Anfang machen wollen, ausdrücklich respektiert werden, anders also, als das bisher in der Debatte geschehen ist? Glauben wir wirklich, dadurch vor der tödlichen Gefahr des Militarismus zu schützen, daß wir diesen Militarismus ständig als gegeben annehmen? Sollten wir nicht gerade in der evangelischen Kirche Gott dafür danken, daß bisher in dieser Sache ein hohes Maß an Nüchternheit festzustellen ist, und daß gerade die Verantwortlichen etwa gegenüber der älteren Generation an dieser Nüchternheit festhalten? Hier wäre eine positive seelsorgerische Aufgabe ersten Ranges; und wir können nur darum bitten, daß wir hier nicht versagen.

5. Ein "seelsorgerischer Notstand" kann gegenüber einer Frage, die eine Frage des politischen Ermessens und der politischen Einsicht bleibt, nicht entstehen. Aber ich würde das Vorhandensein eines seelsorgerischen Notstandes an einer ganz anderen Stelle nicht bestreiten: Ich meine, es ist eine bittere Sache, daß wir in der Frage des Pfarreraustausches oder auch nur des Austausches von Vikaren und Hilfsgeistlichen gegenüber unseren Brüdern in der DDR aufs Ganze gesehen versagt haben. Sollten wir uns nicht vielmehr darüber sorgen, daß unser Wort hier keine wirkliche Kraft gehabt hat? Steht das nicht als eine Frage bei jedem einzelnen von uns? Hier wäre die Erfüllung einer Diakonie im innersten Sinne des Wortes. Würden wir nur annähernd den gleichen Eifer auf diese Hilfe richten wie auf die politische Verantwortung, wir würden auch der gesamtdeutschen Verantwortung in einem letzten Sinne mehr helfen. Das wäre noch wichtiger als die äußere Hilfe, obgleich auch diese uns eigentlich Tag und Nacht nicht verlassen sollte. Haben wir uns einmal klargemacht, daß die gesamte brüderliche Hilfe für die Brüder und Schwestern in der DDR innerhalb der EKD kaum die Höhe des Etats einer einzigen mittelgroßen Anstalt der Inneren Mission bei uns im Westen erreicht - oder nur ein Viertel des Etats einer mittleren Universitätsklinik im Westen? Ob wir uns hier nicht "ver-messen"? Ich denke nur an den Stand der Katecheten in Brandenburg, Sachsen, Thüringen oder Mecklenburg. Gerade weil das Wort "Wiedervereinigung" in der Kirche einen besonderen Klang hat, sollte unsere Hilfe lebendiger, umfassender sein. Hier könnten wir schon mit mehr Recht von einem seelsorgerischen Notstand reden.

6. Wir sollten gegenseitig füreinander erbitten, daß wir uns auf der kommenden Synode in großer Offenheit und Freiheit begegnen. Es ist selbstverständlich, daß jeder Christ für seine persönliche politische Entscheidung die volle Freiheit hat. Darüber sollten wir gar kein Wort verlieren. Aber wir sollten uns erbitten, daß wir in der Kirche nicht "in Kategorien" und nicht in kirchenpolitischen Gruppen denken, sondern daß wir hindurchschreiten möchten zu der Freiheit, die es allein da gibt, wo Menschen sich unter der Verheißung des Evangeliums begegnen. Wird uns das - wenigstens anfangsweise - gegeben, dann kann die Synode von Espelkamp (6. bis 11. März - Die Red.) einen neuen Anfang für unsere Evangelische Kirche in Deutschland bedeuten.

. . . DIE NICHTS GELERNT HABEN!

Gegen die Verächter unserer Verfassung

von D.Dr. Hermann Ehlers †

Vorbemerkung: Frau Jutta Ehlers hat uns aus dem Nachlaß ihres Mannes den nachstehenden, ursprünglich für einen Abdruck im Oldenburger Sonntagsblatt bestimmten Aufsatz zur Veröffentlichung überlassen.

Hermann Ehlers behandelt in ihm mit ernstesten Worten das Verhältnis von Staatsrechtslehrer und Staat. Sein Interesse an staatsrechtlichen Fragen

war seit den Studententagen lebendig, galt doch seine Doktorarbeit einem staatsrechtlichen Thema. Auch in Erinnerung an Vorgänge der Weimarer Zeit hielt Hermann Ehlers die Verantwortung der deutschen Staatsrechtslehrer für die Bewertung und Gestaltung der Staatswirklichkeit, noch mehr aber für die Ausbildung des Staatsdenkens der jungen Generation für höher als die der Vertreter anderer Universitätsdisziplinen. Das mag die Schärfe einiger Wendungen dieses Aufsatzes begründen. Er lehnte überspitzten Intellektualismus des staatsrechtlichen Denkens ebenso ab wie den Einstrom von - zeitbedingt bisweilen vielleicht entschuldbaren - Ressentiments. Um die von ihm gewünschte Autorität der deutschen Staatsrechtslehre war er jedoch auch in einer anderen Richtung besorgt: Er sah in den zahlreichen, in einzelnen Rechtsstreitigkeiten, insbesondere vor Verfassungsgerichtshöfen, erstatteten, voneinander so vielfach abweichenden staatsrechtlichen Gutachten eine Gefährdung des wissenschaftlichen Ansehens der Staatsrechtslehre - vor allem vom Blickpunkt der Jugend aus, die sich angesichts der so unterschiedlichen Ergebnisse und Begründungen dieser Gutachten nicht mehr zurechtfinden könne.

Mögen daher alle, die es angeht, die Worte von Hermann Ehlers unvoreingenommen auf sich wirken lassen.

Staatssekretär Dr. Walter Strauss

Irgendwo in Deutschland versammeln sich 1000 Akademiker, zumeist ältere, um einen Kommers abzuhalten. Sie sitzen nach studentischen Verbänden getrennt an den Tischen. Das ist nicht schlimm, denn die meisten von ihnen begegnen sich nicht jeden Tag im Leben, so daß solch ein Abend gute Gelegenheit bietet, mit denen einmal zusammenzusitzen, die man sonst selten sieht, aber als Bundesbrüder von einst kennt und schätzt. Die einen tragen farbige Bänder, die anderen nicht. Die einen schlagen und schlagen Mensuren, die anderen nicht. Es gibt also Unterschiede, aber sie trennen nicht entscheidend. Verbände aller Richtungen, von den Kösemer Korps bis zu den katholischen Korporationen, in aller überkommenen Mannigfaltigkeit deutschen Studententums sind beisammen.

Man redet viel über die studentischen Korporationen, gelegentlich positiv, meist allerdings negativ; und manchmal bemühen sich sogar Universitätsbehörden, ihre Lebensformen gewaltsam zu bestimmen. Diese Debatte soll hier nicht geführt werden. Und die Überschrift bezieht sich auch gar nicht auf die in einer großen Halle versammelten Studenten und ihre Alten Herren. Sicher sind auch unter ihnen solche, die aus der Vergangenheit keine Folgerungen gezogen haben und an denen alles, was in Deutschland geschah, spurlos vorübergegangen ist. Aber mehr als in anderen Volksschichten gibt es bei ihnen von dieser Art sicher auch nicht. Und wenn das doch immer wieder behauptet wird, spürt man einer solchen Behauptung die Absicht an, wie es der Senior, der ehrwürdige frühere Präsident einer Synode, aussprach.

Die Teilnehmer dieses Kommerses hatten keineswegs die Absicht, nur die Becher edlen Gerstensaftes zu leeren, studentische Lieder zu singen usw. - sie hatten sich eine echte politische Aufgabe gestellt und ließen sich von einem staats-

rechtlichen Professor ihrer Landesuniversität einen Vortrag über "Das Grundgesetz in der Bewährung" halten. Sie hielten bei der eineinviertel Stunde dauernden Vorlesung wacker aus, sie spendeten Beifall, wenn der Föderalismus kritisiert, sie taten das gleiche, wenn der Bundeskanzler als Staatsmann positiv zitiert wurde; und dann dankte man dem Redner für den eindrucksvollen Vortrag.

Das lief alles ganz glatt, aber es muß dennoch etwas darüber gesagt werden. Hier ging es nicht um eine staatsrechtlich-kritische Vorlesung über Verfassungsprinzipien und ihre Bewährung im Leben unseres jungen Staates. Hier wurde etwas anderes, wenn nicht erstrebt, so doch getan: An diesem Abend wurde in überlegten Dosen das Mißtrauen gegen den Staat, in dem wir leben, mit wissenschaftlichen Formulierungen genährt, wurde die Kritik auf einprägsame Schlagworte gebracht, wurden die langsam zugedeckten alten Ressentiments wieder geweckt, wurde also der Ordnung unseres Staates ein schlechter Dienst getan.

Die Ordnung dieses Staates ist aber nicht nur dem Parlament und den Professoren befohlen. Die Kirche hat, wenn sie ihr Amt ernst nimmt, Wesentliches zur Aufgabe des Staates in der Welt zu sagen. Sie ist an seiner Stabilität ebenso interessiert wie an seiner Glaubwürdigkeit. Und sie kann, wenn sie um Gottes willen das Untertansein gegenüber der Obrigkeit predigen soll, nicht daran vorbeisehen, wenn die staatliche Ordnung von diesen Untertanen in Frage gestellt wird und sie dazu verführt werden, sich wieder einmal gegen die langsam sich konsolidierende staatliche Ordnung abzukapseln.

Ich bin sicher, daß ein großer Teil der Besucher dieser Veranstaltung das alles gar nicht empfunden hat. Manche haben mir gesagt, sie hätten es akustisch nicht verstanden, manche haben über die staatsrechtlichen Ausführungen wohl hinweggehört und sich nur dies und jenes, was ihnen positiv erschien, gemerkt. So einfach liegen die Dinge jedoch nicht!

Was heißt es, wenn gegen den "P e r f e k t i o n i s m u s d e s G r u n d g e s e t z e s", den Wunsch, alles vollständig und endgültig zu regeln, zu Felde gezogen und gesagt wird, das Grundgesetz und die staatliche Praxis ignore die Vorläufigkeit dieses Staates? Dann sind viele angesprochen: die einen, weil sie fürchten, daß der Wille zur Wiedervereinigung Not leiden könne, und die anderen, weil sie im Geiste die Bauten von Ministerien in Bonn vor sich sehen. Damit ist dann genau das erreicht, was solche Kritik zum Ziele hat: die Ordnung dieses Staates suspekt zu machen, bei den Bürgern ihre Verbindlichkeit fragwürdig werden zu lassen usw. Wer will sich schon mit einem vorläufigen Staat so liieren!

Römer 13 mit seiner Aussage über die Obrigkeit meint etwas anderes. Er meint den Staat heute und hier. Der Wille zur Wiedervereinigung steht der Konkreti-

sierung der Bundesrepublik Deutschland in gar keiner Weise entgegen. Wir hoffen, daß die Wiedervereinigung in Freiheit kommt, bald kommt. Wenn sie sich aber verzögert, wer gibt uns das Recht, irgend etwas, was wir zur Festigung unseres heutigen Staates im Interesse der Erfüllung seiner Aufgabe an den 50 Millionen Menschen, die in ihm leben, tun müssen, nicht zu tun? Kein Professor kann diesem Staat die Verantwortung für seine Menschen abnehmen; und niemand vermag zu sagen, wie lange wir solche Verantwortung unverkürzt zu tragen haben. Jeder sollte wissen, daß es für 70 Millionen Deutsche keine Einheit und Freiheit gibt, wenn in unserem Staat die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen bei 50 Millionen nicht geschaffen oder gesichert werden. Römer 13 gilt heute und nicht erst bei der Wiedervereinigung.

Ähnliches ist von der Kritik am Föderalismus als Prinzip des Staats- und Verwaltungsaufbaus zu sagen. Man warnte vor der vordergründigen Reaktion auf Erfahrungen. Darin liegt auch wieder ein richtiger Gedanke. Aber wünschen wir eigentlich zu vergessen, daß wir aus einer Epoche kommen, die den Unitarismus des Staates, das Zurückführen jeder Staatsfunktion - bis zum staatlich organisierten Verbrechen - auf das Idol eines Mannes zum Prinzip erhoben hatte? Niemand leugnet, daß das Pendel nun nach der anderen Seite ausgeschlagen ist und dennoch nicht gehindert hat, daß sich dieser Staat - was sogar anerkannt wurde - erstaunlich schnell in allen Lebensbereichen konsolidierte. Auch hier Kritik an Vordergrunderscheinungen, die populär ist, mit einem undurchsichtigen Hintergrund, jedenfalls für den Nichteingeweihten!

Und schließlich die Kritik am Parteienstaat der Massensendemoκραtie: Auch hier die Spekulation auf die nicht aus dem Ohr gekommene Animosität gegen Parteien und ihre Herrschaft. Was wirft man diesem Parteienstaat vor? Daß er keine gewachsenen Ordnungen habe, daß kleine Führungsgruppen das Schicksal der politischen Entscheidungen bestimmten, daß das Volk mediatisiert sei, daß keine echte Möglichkeit demokratischer Anteilnahme bestehe. Es war kennzeichnend, daß an einer Stelle gesagt wurde, "nur das Volk" sei Grundlage dieses Parteienstaates in der Massendemokratie. "Nur" das Volk - das sagt alles! Jeder kann sich nun in unserem Staat damit beruhigen, daß dieser Parteienstaat, den das Grundgesetz geschaffen hat, überwunden werden müsse; jeder kann sich von der politischen Mitarbeit in Parteien mit ruhigem Gewissen zurückhalten, weil ja doch keine Einflußmöglichkeit besteht. Jeder kann die Abneigung gegen die Einflußnahme von Verbänden und Interessenvertretern im vorparlamentarischen Raum und im Parlament selbst weiter pflegen; denn dieser Staat wird ja vom Pluralismus oligarchischer Herrschaftsformen bestimmt, da Parteien, Gewerkschaften, Verbände und - dieses Mal hieß es nicht Kirchen, wie in den einschlägigen Broschüren - Weltanschauungsblöcke die Herrschaft ausüben. Wenn nicht der Präsident der Synode und der Bischöfliche Official

am Vorstandstisch gesessen hätten, wäre auch hier sicher "Kirchen" gesagt worden.

Und wenn ein Mann wie der Bundeskanzler über die Parteien hinweg Achtung genießt und damit das Konzept gegen den Parteienstaat in Frage stellt, heißt es: seine Stellung stehe mit der Parteiendemokratie nicht in sachlicher Beziehung.

Das Rezept - das einzige während fünf Viertelstunden -: Ausweitung der Befugnis des Bundespräsidenten und direkte Wahl durch das Volk wie im Weimarer Staat. Daß diese beiden Prinzipien im Weimarer Staat den 30. Januar 1933 nicht verhindert, ja, ihn vielleicht sogar mit herbeigeführt haben, wurde nicht gesagt, weil man ja gegen "vordergründige Reaktionen auf Erfahrungen" ist.

Um des Staates und des Volkes willen ist es Zeit, gegen Leute, die auf die alten Animositäten spekulieren und nur die alten Rezepte zu bieten haben, Front zu machen. Unser Staat und unser staatliches Leben ist uns zu wertvoll und die Bedrohung zu groß, als daß wir es uns leisten könnten, hinter der Tarnung einer staatsrechtlichen Verantwortung und Kritik die Bereitschaft, den Staat ernst zu nehmen und in seinen Lebensformen mitzuarbeiten, zerschlagen zu lassen. Das geht um der Stellung des Staates im Leben dieser Welt willen auch die Kirche an. Darum wird es hier gesagt!

GEDANKEN ZUR SOZIALREFORM

von Staatsminister a.D. Dr. Otto Schmidt

Seit einigen Jahren werden die Forderungen nach einer Sozialreform in der Bundesrepublik immer dringlicher. Sieht man näher zu, so ist man überrascht, wie wenig sich die Erörterung dieser Forderungen sowohl in der Tagespresse als auch in den politischen Gremien über einige Gemeinplätze erhebt. Zum Teil sind die vorgebrachten Gesichtspunkte nicht gerade neu. Sieht man von ihrer zeitgemäßen Aufmachung ab, stellt man fest, daß sie schon gegen Ende des vergangenen und zu Beginn dieses Jahrhunderts zur Erörterung standen, aber im Kampf der Meinungen bewußt überwunden wurden.

Sozialpolitik ist immer in Fluß, weil sie sich dem ständigen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen muß. Sie muß elastisch sein und vermeiden, daß sich in der Entwicklung der Verhältnisse zutage tretende Störungen zu strukturellen Schäden von Dauerwirkung auswachsen. Aber ebenso sicher ist, daß Sozialpolitik von klaren Grunderkenntnissen über den Menschen - seine wahre Natur, die Gesetze der Entfaltung seiner physischen, sittlichen und geistigen Kräfte und die Dynamik seiner egozentrischen und altruistischen Beziehungen zur Umwelt - getragen sein muß, wenn sie nicht Gefahr laufen will, größere Schäden hervorzurufen, als sie einzudämmen und zu beseitigen vorgibt.

Im Rahmen der gegenwärtigen Erörterungen fällt nun auf, daß es gerade an der notwendigen Klarheit der Grunderkenntnisse

fehlt und dies auch die tiefere Ursache dafür ist, daß gewisse Verzögerungen eingetreten sind, die obendrein zu unbefriedigenden Einzel- und Teilmaßnahmen verleitet haben. Wo aber grundsätzliche Klarheit besteht, zeigt sich insofern eine gewisse Ohnmacht, als sie einer fast unübersichtlich gewordenen Fülle von gesetzlichen Regelungen gegenüber resigniert. Selbst wirkliche Kenner und Fachleute sehen sich im Beharrungsvermögen der Institutionen mit ihrem rechtlichen Unterbau und den sie stützenden politischen Kräften mitgebunden.

Der Bundesarbeitsminister hat in diesen Tagen verlauten lassen, daß die vom "Beirat für die Neuordnung der Sozialleistungen" gebildeten Arbeitsausschüsse "Leitsätze für die Sozialreform" entwickeln werden, die dem Bundeskabinett zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Sie sollen alsdann die Grundlage der "großen Sozialgesetzgebung" werden, die Bundestag und Bundesrat bis spätestens Ende 1955 zugeleitet werden soll. Es wäre sehr erfreulich, wenn diese Leitsätze endlich die grundsätzliche Klarheit schaffen würden, die der Demagogie der tagepolitischen Kämpfe im Werben um die Gunst der öffentlichen Meinung nahezu völlig verlorengegangen ist. Zur Zeit ist die Sozialpolitik allzusehr das Tumfeld der Ideologen, Interessenten und Ignoranten, während die Öffentlichkeit von der reichen Ernte der Arbeit der Fachleute - darunter verstehe ich nicht die große Zahl der Sozialtechniker, sondern die, die mit Verstand und Herz ein ganzes Leben daran gewagt haben - kaum Notiz nimmt.

Zwei Dinge müssen vorab allem unangemessenen Drängen gegenüber immer wieder deutlich gemacht werden:

1. Die Institutionen der Sozialversicherung und der Versorgung waren, z.T. sogar bis in ihre Rechtsgrundlagen, durch das Dritte Reich und die Besatzungsmächte derart zerstört, daß erst mit der Schaffung der Bundesrepublik nach 1949 darangegangen werden konnte, den Grund neu zu legen.

Wir müssen dankbar anerkennen, was hier alles geschehen ist.

2. Armut läßt sich nicht verteilen. Es kam entscheidend darauf an, alle Mittel und Wege zu aktivieren, um das Sozialprodukt so zu steigern, daß wirklich substantiell geholfen werden konnte. Nur dank der marktwirtschaftlichen Politik war es möglich, die Nettoausgaben für die soziale Sicherheit von 11.734 Millionen DM im Jahre 1949 auf 20.604 Millionen DM im Jahre 1953 zu steigern. Am Netto-Sozialprodukt zu Marktpreisen gemessen waren das 16% im Jahre 1949 und 16,7% im Jahre 1953. Die gesamten Einnahmen der Sozialversicherung aus Beiträgen und Staatsbeteiligung betrugen 1949 6.239 Millionen DM oder 8,5% des Netto-Sozialprodukts zu Marktpreisen oder 133.- DM je Kopf der Bevölkerung und 1953 12.762 Millionen DM oder 10,3% des Netto-Sozialprodukts zu Marktpreisen oder 260.- DM je Kopf der Bevölkerung. Das bedeutet eine starke und relativ wachsende Belastung der wirtschaftenden Bevölkerung durch Beiträge und Steuern für die Sozialversicherung, die nur durch die Marktwirtschaft ermöglicht wurde, aber zugleich auch die unabwiesbaren Grenzen der Sozialpolitik aufzeigt.

Einige, angeblich weitherzige Sozialpolitiker betören das Volk mit Erhöhungsanträgen in den verschiedenen Bereichen der Versicherung, Versorgung und Fürsorge, deren Durchführung nichts weiter bewirken würde als das, was die Hausfrau tut, wenn sie die Suppe mit Wasser verlängert: Das Mehr entspricht genau dem Weniger an Qualität. Damit ist niemandem gedient; vielmehr ist der Schaden unabsehbar für alle. Jede Sozialpolitik bewegt sich nun einmal in dem Dilemma, daß die wirtschaftende Schicht, die die Last aufbringen soll, ein Interesse daran behalten muß, aus eigenem Antrieb ihr Realeinkommen zu vermehren, und daß sie daher bestenfalls bis an eine optimale Grenze in Anspruch genommen werden kann - wenn nicht Überbeanspruchung nur ein scheinbares Mehr in Gestalt einer Inflation oder ein effektives Weniger als Folge einer verminderten Leistungsbereitschaft hervorrufen soll. Der finanz- und wirtschaftspolitisch verantwortlich und nüchtern denkende Sozialpolitiker ist daher auf lange Sicht der bessere "Hausvater" der sozial Schwachen.

Ein anderer Grundsatz, auf den sich m.E. alle wirklich wohlmeinenden politi-

schen Kräfte einigen könnten, der aber offenbar im Interessenkampf schon nicht mehr durchsetzbar ist, erscheint so primitiv, daß man sich fast schämt, ihn überhaupt niederzuschreiben: In dem Bereich sozialpolitischer Maßnahmen, soweit sie mit Steuermitteln der öffentlichen Hand finanziert werden, hat der unverschuldet Hilfsbedürftige, der sich nicht selbst helfen kann, immer den Vorrang - und zwar in entsprechendem Umfang und so lange, bis seine Notlage um seiner- und um des Wohles der Gemeinschaft willen behoben ist. Wenn den Möglichkeiten der solidarischen Hilfe seitens der Gesellschaft durch zwei verlorene Kriege und entsprechende allgemeine, insbesondere wirtschaftliche Zusammenbrüche harte Grenzen gesetzt sind, dann kann solange nur sehr beschränkt von einer Konkurrenz zwischen Hilfsbedürftigem und Nicht-Hilfsbedürftigem die Rede sein, als eine unzureichende Hilfe an Hilfsbedürftige in Wirklichkeit "keine" Hilfe ist. Ich kann nur meinem schmerzlichen Bedauern darüber Ausdruck geben, wie wenig diesem Gesichtspunkt bei gewissen schematischen Rentenerhöhungen Rechnung getragen worden ist.

Es wird schwer sein, sich mit denen, die dem Staat eine originäre Funktion der Fürsorge und Versorgung im Hinblick auf die soziale Sicherheit aller seiner Glieder übertragen wissen wollen, über den Grundsatz der Subsidiarität zu verständigen. Hier muß ganz neu um den Geist des gesamten Systems gerungen werden. Die natürliche Folge von Selbsthilfe, Familienhilfe, genossenschaftlicher Selbsthilfe, gemeindlicher Hilfe und Staatshilfe muß - in den verschiedenen Bereichen natürlich auf verschiedene und systementsprechende Weise - sichtbarer und wirksamer gemacht werden als bisher. Hier hat wohlfahrtsstaatliches Denken in den letzten Jahrzehnten manches zu Unrecht verschüttet. Die Initiativekraft und das Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen und die Hilfsbereitschaft der Nächsten sowie der den Einzelnen tragenden kleinen Gemeinschaften müssen startfähig und wettbewerbsfähig gemacht werden und erhalten bleiben, wenn das gesellschaftliche Gefüge auf die Dauer gesund bleiben soll.

Ein System sozialer Sicherung sollte darüber hinaus immer prüfend im Auge behalten, daß es auch zumutbare Wagnisse und Notstände, bzw. Beteiligungen daran gibt, im Interesse des Ganzen geben muß. Perfektionistische Vorstellungen vom Menschen und von der Gesellschaft übersehen hier immer wieder, daß der Mensch um seiner selbst willen in gewissem Umfang die Bemeisterung widriger Umwelteverhältnisse zu seiner Bewährung und zur Steigerung seiner persönlichen Verantwortung braucht. Die Entwirrung eines unübersehbar gewordenen Systems an Vorschriften hat hier eine ernste Aufgabe der "Durchforstung": Jede einzelne gesetzlich gewährte Sondervergünstigung macht einen ganzen Knäuel an klärenden, abschirmenden und abgrenzenden Durch- und Ausführungsbestimmungen nötig. Das ist auf allen Rechtsgebieten gleichermaßen der Fall.

Es gibt Obergrenzen der sozialen Hilfe, die wirksam bleiben müssen. Die Hilfe für den Arbeitsfähigen muß sich messen lassen am Arbeitseinkommen desjenigen, der in einem dem Hilfsbedürftigen zumutbaren Arbeitsverhältnis steht. Die Hilfe für den Nicht-mehr-Arbeitsfähigen muß sich messen lassen am Gesamtdurchschnitt der Lebensverhältnisse, denen er angehört hat. Je mehr der Hilfsbedürftige selbst zur Abwendung seiner Hilfsbedürftigkeit beigetragen hat, desto näher muß die zu gewährende Hilfe an die Obergrenze des Maßstabes herankommen. Ein System sozialer Hilfe sollte darüber hinaus Raum haben für verantwortungsbewußte individuelle Hilfe: Starre Gleichheit erstickt den notwendigen lebendigen Zusammenhang, von dem alle Solidarität getragen sein muß.

Damit rühre ich an das Letzte, das ein nichtchristlicher Sozialpolitiker nicht zu sehen vermag (ohne daß ihm daraus ein Vorwurf gemacht werden soll): Bis zur Erneuerung der Welt durch den wiederkommenden Christus bleibt die menschliche Gemeinschaft eine unvollkommene, von Sünde und Schuld bewegte, notvolle Gemeinschaft, die zwar einer guten menschlichen Organisation bedarf, aber letzten Endes davon lebt, daß in ihr das Salz und Licht der Erde wirksam ist und bleibt. Das aber ist die persönliche Begegnung in tätiger Liebe.

DEUTSCHLAND IN DER ENTSCHEIDUNG

Vor der Entscheidung des Bundestages über die Pariser Verträge haben Bundesparteivorstand und Bundesparteiausschuß der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands noch einmal die damit verbundenen Fragen gewissenhaft geprüft. Sie erklären:

"Aus unserer Verantwortung vor dem deutschen Volk und seiner Zukunft sagen wir Ja zu den Verträgen.

Durch die Verträge wird erreicht:

Die Wiederherstellung der Einheit des Westens,
die Verpflichtung der Westmächte zu gemeinsamer Politik mit der Bundesregierung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit,
die Beendigung des Besatzungsregimes und die Wiederherstellung der deutschen Souveränität,
die Aufnahme der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker,
die gleichberechtigte Einbeziehung der Bundesrepublik in die Schutzgemeinschaft der nordatlantischen Mächte,
die Zusage Großbritanniens und der USA, ihre Truppen auf dem europäischen Festland zu belassen.

Diese Ergebnisse einer jahrelangen und mühevollen Politik dürfen nicht durch Ablehnung der Verträge gefährdet werden.

Die Sowjetunion unternimmt immer verbisseneren Anstrengungen, um die Inkraftsetzung der Verträge zu verhindern. Ihr Ziel ist, die Einigung des Westens zu vereiteln, die Vereinigten Staaten aus Europa hinauszudrängen und die eigene Expansion fortzusetzen. Sie liegt ständig auf der Lauer nach weichen Stellen in der Front des Westens, wie in Korea und in Indochina.

Auch jetzt arbeitet die Sowjetunion wieder mit Verlockungen und Drohungen. Auf die konkrete Frage der Westmächte in ihrer Note vom 29. November 1954, wie sie sich die deutsche Wiedervereinigung denke, hat sie bis heute nicht geantwortet. Sie hat lediglich am 15. Januar 1955 eine zu nichts verpflichtende Presseerklärung veröffentlicht. Wenn die Sowjetunion die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit tatsächlich wollte, dann hätte sie längst ein klares und eindeutiges Angebot machen können. Gerade das tut sie aber nicht. Sie hat sich auch noch nicht zu dem Programm geäußert, das der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Opposition für die deutsche Wiedervereinigung aufgestellt hat.

Stattdessen droht die Sowjetunion, daß nach der Ratifizierung der Pariser Verträge keine Verhandlungen über die Wiedervereinigung mehr möglich seien. Solche Drohungen haben die Sowjets oft ausgestoßen. Auch die SPD hat sich früher dadurch nicht beirren lassen, so vor der Durchführung der Währungsreform und bei der Errichtung der Bundesrepublik.

Dagegen hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, daß die Sowjetunion von Aggressionen dann abläßt, wenn ihr der entschiedene Wille und die Geschlossenheit des Westens entgegentreten. So wurde die Blockade Berlins erst aufgehoben, als die Westmächte in vereinten und furchtlosen Anstrengungen durch die Errichtung der Luftbrücke bewiesen hatten, daß der sowjetische Anschlag auf Berlin nicht gelingen würde.

Solange die Sowjetunion noch hofft, den Westen spalten zu können, wird sie zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung nicht bereit sein. Wir werden alles daransetzen, um solche Verhandlungen zu erreichen, sobald die Einigung des Westens gesichert und die Souveränität der Bundesrepublik durch Inkraftsetzung der Verträge hergestellt ist.

Parteivorstand und Parteiausschuß der CDU stellen erneut fest, daß die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit nicht nur vom Willen der Deutschen und vom Willen der Bundesregierung abhängt, sondern entscheidend vom Willen sowohl der Sowjetunion als auch der Westmächte. Ohne die Unterstützung der Westmächte kann das deutsche Volk die Wiedervereinigung nicht erreichen. Die Westmächte haben sich durch die Pariser Verträge verpflichtet, mit der Bundesrepublik gemeinsam eine Politik zu betreiben, die zur Wiedervereinigung führt. Das ist ein Beweis des Vertrauens in die Bundesrepublik. Wir können und wollen dieses Vertrauen nicht aufs Spiel setzen. Wir wollen nicht, daß die Einigung der freien Welt durch deutsche Schuld verhindert wird. Deutschland würde sonst wieder in tödlicher Vereinsamung zwischen den Fronten liegen. Deshalb müssen die Verträge ratifiziert werden.

Mit um so größerer Sorge sehen wir, daß die Politik der SPD das Vertrauen der freien Welt in das deutsche Volk beeinträchtigt. Auch die Reden, die in der Paulskirche gehalten worden sind, haben diese Gefahr erhöht.

Wir verwahren uns gegen Behauptungen, daß der Bundestag für die Entscheidung über die Verträge nicht zuständig sei. Der Bundestag ist nach dem Grundgesetz der Träger des politischen Willens des Volkes.

Mit tiefem Bedauern beobachten Parteivorstand und Parteiausschuß der CDU, daß sich durch die hemmungslose Agitation der SPD die innerpolitischen Gegensätze verschärfen. Wenn unsere Verteidigungspolitik in einer führenden SPD-Zeitung als eine offene Politik der Kriegsvorbereitung diffamiert wird, so wird damit das gleiche gesagt, was die sowjetische Propaganda ständig behauptet. Wir fragen auch, ob die SPD, die für sich in Anspruch nimmt, ein entschlossener Feind des Kommunismus zu sein, nicht sieht, welch lebhaften Beifall ihre Politik aus dem Osten erhält, und ob ihr das nicht zu denken gibt.

In diesen Tagen ist jedermann in Deutschland von den bevorstehenden Entscheidungen bewegt. Zahlreiche deutsche Menschen befinden sich in ernster Sorge. Wir achten dies. Wir beanspruchen aber dieselbe Achtung auch für unsere Entscheidung, die jahrelang auf das sorgfältigste überprüft und vom deutschen Volk immer wieder gebilligt worden ist.

Wir wollen mit allen unseren Kräften dem Frieden in der Welt dienen. Wir wollen die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Darum ist unser Weg vorgezeichnet. Wir werden ihn unbeirrt weitergehen. Dabei wissen wir uns in voller Übereinstimmung mit den Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone.

"UM DEM VATERLAND ZU DIENEN"

Veröffentlichungen um Hermann Ehlers

Verhältnismäßig schnell nach dem Tode von Hermann Ehlers sind einige Schriften erschienen, die aber erfreulicherweise nicht das Gepräge hastiger Zufallsauswahl tragen, sondern sehr ernsthaft um das geistige und wesensmäßige Bild dieses einzigartigen Mannes bemüht sind. Es war schon zu Lebzeiten des Bundestagspräsidenten, des eigenwilligen Politikers und von "inneren Spannungen" erfüllten Menschen - wie ihn Bundespräsident Heuss in seinen Gedenkworten mit feinem Spürsinn gedeutet hat - nicht ganz einfach, diesem Mann von herber Art und starkem Eigenbewußtsein näherzukommen. Das hat auch gelegentlich in allzu konventioneller Ausdeutung seines Wesens zu Mißverständnissen geführt, die ihn selbst stärker, als man es ahnte, betroffen haben. Die außergewöhnlichen und mannigfaltigen Gaben, mit denen er fast zu freigiebig bedacht war und die

er sehr bewußt - leider nicht ökonomisch genug gegenüber seinen physischen Kräften - in den Dienst seiner weitgespannten Aufgaben stellte, schienen dem oberflächlichen Blick manchmal vielleicht seine gleichermaßen reichen charakterlichen und menschlichen Werte zu überdecken. Wer aber Hermann Ehlers' Werdegang verfolgt hat, vielleicht von Jugend auf, wer die starken Impulse kannte, die er mit seinem wachen Empfinden und sehr entwickelten Sinn für Recht und Rechtlichkeit, und damit auch für Unrecht und Ungeist, aufnahm und innerlich verarbeitete, der wird sich auch dem Verständnis für die Ganzheit der Haltung dieses wahrhaftigen Christen und großen deutschen Patrioten nicht entziehen können.

"HERMANN EHLERS" heißt das im Jugenddienst-Verlag, Wuppertal, u.a. von seinem nächsten Mitarbeiter im Bundestag, Friedrich Schramm, herausgegebene Buch (136 Seiten mit 9 Kunstdrucktafeln, Ganzleinen DM 6.80), das in Beiträgen und eindrucksvollen Zeugnissen derer, die ihm nahestanden, den Lebensweg des Verstorbenen im Sinne der oben gegebenen Andeutungen sichtbar macht: Vor uns tritt das Bild des jungen Menschen aus altem niedersächsischen Bauernstamm, dieser Landschaft, die ihm letzte Ruhestätte gab, und ihren Menschen eng verbunden. Wir begleiten den jungen Steglitzer, dem der "Wandervogel" zum Erlebnis wird, der in den Bibelkreisen der Schüler eine seine spätere Entwicklung in Haltung wie Aufgabenbereich vorbereitende Heimstatt findet, der in seiner studentischen Verbindung Staat und Volk, das Volk über staatliche Grenzen hinweg, als verpflichtende Forderung begreift. Und vor uns steht wieder der Kirchenmann aus Gewissensnot und streitbare Kämpfer, der Politiker, der sich nach dem Zusammenbruch, wie er ihn lange voraussah, auf dem Boden christlicher Verpflichtung mit gleichgesinnten Männern und Frauen in der CDU zusammenfand.

In einer Sonderausgabe der "AKADEMISCHEN BLÄTTER", herausgegeben von dem Verband der Vereine Deutscher Studenten, Hamburg, widmet ihm sein Bundesbruder und langjähriger Freund Karl Maßmann, Kiel, ein Lebensbild, dessen verständnisvolle Charakterisierung im Menschlichen wie in der umfassenden Darstellung des ganz erfüllten Lebenskreises und Aufgabenbereiches Hermann Ehlers allen seinen Freunden noch einmal nahebringt.

Mit dem Titel "UM DEM VATERLAND ZU DIENEN" ist, ebenfalls herausgegeben von Friedrich Schramm, im Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, eine sorgfältig getroffene Auswahl von Reden und Aufsätzen erschienen (176 Seiten mit 8 Kunstdrucktafeln, broschiert DM 4.20), in denen Hermann Ehlers selbst noch einmal spricht und die ganze Weite und Wirkkraft seiner Tätigkeit deutlich wird, die Theodor Heuss ein "Laienapostolat" nannte, soweit sie den religiösen Bereich betrifft. Noch einmal wird im Politischen sichtbar, was Ehlers unter Demokratie, unter Würde und Aufgabe des Parlaments, unter deutscher Verpflichtung verstand. Besonders nachlesenswert sind seine Worte über das Verhältnis der christlichen Konfessionen, weil sie allen ein Vermächtnis sind oder doch sein sollten.

Auch im Persönlichen aufschlußreich sind die allen drei Schriften beigegebenen guten Bilder.

ZUR INFORMATION

In Bonn wurde eine "Hermann-Ehlers-Gesellschaft, Evangelische Studiengemeinschaft für öffentliche Verantwortung e.V." gegründet. Zweck dieser Studiengemeinschaft ist es, das politische Verantwortungsbewußtsein in der evangelischen Bevölkerung Deutschlands zu stärken. Durch die Wahl des Namens soll dem Dank an den verstorbenen Bundestagspräsidenten für seine Arbeit, insbesondere im evangelischen Raum, und der Verpflichtung Ausdruck gegeben werden, in seinem Sinne weiterzuwirken.

=====

- Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet -
Um Übersendung eines Belegexemplares wird gegebenenfalls höflich gebeten.

HERMANN EHLERS
Um dem Vaterland zu dienen
Reden und Aufsätze
176 S. mit 8 Bildtafeln, brosch. 4,20 DM
Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln



SIEGENER AKT.-GES.
GEISWEID i. W.

Verzinkte Bleche, Stahldacheindeckungen, Stahlnoch- und
Brückenbau. Stahlwellblechbauten jeder Art, insbesondere
Garagen, Fahrradständer und Hallenbauten. Schwere und
leichte Kesselschmiedearbeiten.

BOCKER



KRITZLER

raum-heizkörper
BAUART KÜHNE

vereinigt in sich die Vorzüge von Radiatoren, Plattenheizkörpern,
Konvektoren und Hochdruckheizkörpern und erfüllt somit in
idealer Weise alle Anforderungen, die an einen neuzeitlichen
und praktischen Heizkörper gestellt werden. Sein formschönes,
dem modernen Baustil angepaßtes Aussehen gereicht selbst dem
anspruchsvollsten Raum zur Zierde.

EISENWERK KRITZLER-WEIDENAU/SIEG